

C. Klassenlogische Beurteilung³²⁷

Klassenlogisch betrachtet ist der Zollanschlußvertrag zunächst aus Gründen, die bereits dargelegt wurden,³²⁸ als völkerrechtliche³²⁹ Staatenverbindung zu werten. Das Verbleiben der Kompetenzkompetenz beim liechtensteinischen Staat als Voraussetzung der Souveränität im Rechtssinne schließt eine staatsrechtliche Staatenverbindung aus. Zur gleichen Feststellung führt die Tatsache, daß der Zollanschlußvertrag keine staatsrechtliche Verfassung ist, sondern ein völkerrechtlicher Vertrag, der nach den Regeln des allgemeinen und besonderen Völkerrechts abgeändert und aufgelöst werden kann.

Ferner begründet der Zollanschlußvertrag eine nichtorganisierte Staatenverbindung. Auch das zur Schlichtung von Streitfragen gemäß Art. 43 ZV vorgesehene Schiedsgericht ändert daran nichts. Aus dem Wortlaut geht klar hervor, daß das Schiedsgericht ad hoc eingesetzt werden und somit kein ständiges Organ darstellen soll. Dieses Schiedsgericht ist übrigens während der gesamten bisherigen Vertragsdauer noch nie zusammengetreten.

Der Zollanschlußvertrag ist außerdem eine politische Staatenverbindung. Gewiß kann die Unterscheidung in politische und nichtpolitische Staatenverbindungen etwelche Schwierigkeiten bereiten. Im vorliegenden Fall sind aber die bekannteren Kriterien³³⁰ der politischen Staatenverbindung erfüllt: So erfaßt die Verbindung mehr als nur eng begrenzte Verwaltungsgebiete (Georg Jellinek), sie berührt vitale Interessen eines Partners (Carstens) und beeinflusst das Machtverhältnis eines der Beteiligten (Bindschedler), jedenfalls aber hat sie eine engere außenpolitische Bindung zur Folge (Verdross).

Schließlich handelt es sich beim Zollanschlußvertrag um eine größtenteils nichtparitätische Staatenverbindung, denn die Gleichheit in den Rechten fehlt. Vielmehr schafft der Vertrag Bestimmungsrechte zugunsten der Schweiz und im wesentlichen nur Vermögensrechte für Liechtenstein. Teilweise nichtparitätisch ist das Verhältnis des-

³²⁷ Vgl. vorn Anm. 6; zur methodischen Frage grundlegend Koller, Typuslehre 11 ff. Die Frage kann höchstens aufgeworfen, aber in dieser Arbeit nicht beantwortet werden, ob alle heute bekannten als klassenlogisch zur Unterscheidung von Staatenverbindungen verwendeten Begriffspaare das Erfordernis der scharfen Abgrenzung überhaupt erfüllen können: Sind etwa politisch-unpolitisch, funktionalistisch-föderalistisch zur scharfen Abgrenzung geeignet? Keinen Widerspruch erkennt offenbar Riklin 93 f. und 372 f.

³²⁸ Siehe vorn S. 88 ff.

³²⁹ Auf den Streit über die Zweckmäßigkeit und Zulässigkeit der Unterscheidung in völkerrechtliche und staatsrechtliche Staatenverbindungen kann hier nicht eingetreten werden. Näheres bei Riklin 97 und dort zit. Lit.

³³⁰ Siehe Riklin 108 f.